

Konzept für den sozial-ökologischen Umbau
von Uniper in öffentlicher Verantwortung

Vergesellschaftung statt Reprivatisierung!

Wie Uniper zum Motor einer
demokratischen Energiewende wird



Vergesellschaftung statt Reprivatisierung!

Wie Uniper zum Motor einer demokratischen Energiewende wird

Inhaltsverzeichnis

Krisenherd Gas: Unipers systemrelevante Rolle in der Energiekrise	4
<i>Verstaatlichung als Krisenintervention.....</i>	<i>4</i>
<i>Systemrelevante Strukturen in Privatbesitz?.....</i>	<i>4</i>
<i>Fossiles Erbe vs. grüne Rhetorik.....</i>	<i>5</i>
Reprivatisierungsfalle: Warum Renditeinteressen Klimaziele gefährden	6
Die Alternative: Vergesellschaftung statt Reprivatisierung	7
Transformationskonzept: Vom Gasriesen zum gemeinwirtschaftlichen Vorreiter der Energiewende	8
<i>Elemente eines alternativen Transformationsmodells</i>	<i>8</i>
Rechtliche Rahmenbedingungen und Umsetzungsschritte.....	10

communia entwickelt seit 2020 als bewegungsnaher Thinktank Strategien für eine demokratische Wirtschaft, Vergesellschaftung und Öffentlichen Luxus. Dazu unterstützen wir soziale Bewegungen, die sich für Vergesellschaftung einsetzen und alternative, öffentliche und demokratische Eigentumsmodelle erproben, um Klimakrise und Ungleichheit zu überwinden. Wir gestalten Politik, forschen und entwickeln neue Erzählungen für eine Wirtschaft, die den Vielen dient – weil sie den Vielen gehört.

Autoren: Justus Henze, Maximilian Wilken

Covergestaltung: Ramin Aryaie

communia e. V., 2025

www.communia.de

presse@communia.de



Jetzt Fördermitglied werden oder spenden:

communia e.V.

DE254306096710808900

GENODEM1GLS

www.communia.de/foerdermitglied-werden/

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Unsere Arbeit für die Demokratisierung des Energiesektors wird teilweise gefördert durch die Open Society Foundation gGmbH in Kooperation mit den Open Society Foundations und die Haleakala-Stiftung.

Zusammenfassung:

Der deutsche Staat hat den Energiekonzern Uniper im Dezember 2022 aufgrund der Energiekrise mit 99 % der Anteile faktisch verstaatlicht. Bis 2028 will der Bund jedoch seine Anteile auf 25 % + eine Aktie reduzieren und Uniper damit reprivatisieren. Statt einer Reprivatisierung bietet die Vergesellschaftung eine historische Chance, ein demokratisch kontrolliertes öffentliches Energieunternehmen zu schaffen, das die Energiewende vorantreibt, bezahlbare erneuerbare Energie sicherstellt und gerechte Übergänge von fossiler zu erneuerbarer Produktion organisiert.

Krisenherd Gas: Unipers systemrelevante Rolle in der Energiekrise

Verstaatlichung als Krisenintervention

Im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der dadurch ausgelösten Energiekrise geriet Uniper in existenzbedrohende finanzielle Schwierigkeiten. Als Deutschlands größter Gasimporteur und -händler belieferte Uniper rund 200 Stadtwerke¹ sowie zahlreiche Industrieunternehmen und war für rund 40 Prozent der deutschen Gasversorgung verantwortlich, wobei etwa die Hälfte dieses Gases aus Russland stammte.² Aufgrund dieser systemrelevanten und marktbeherrschenden Stellung sah sich die Bundesregierung zum Handeln gezwungen. Nach ersten Stabilisierungsmaßnahmen im Juli 2022 erfolgte im Dezember desselben Jahres die vollständige Rettungsverstaatlichung: Der Bund erwarb rund 93 Prozent der Anteile durch eine Kapitalerhöhung von acht Milliarden Euro und weitere sechs Prozent vom bisherigen Hauptaktionär Fortum für etwa 500 Millionen Euro. Neben Uniper wurde auch der bis dahin zweitgrößte Gashändler Deutschlands, die ehemalige Gazprom Germania GmbH (heute SEFE GmbH), in Staatseigentum überführt. Beide Unternehmen sollen laut Vorgabe der EU-Kommission bis 2028 wieder reprivatisiert werden. Die EU genehmigte die Verstaatlichung von Uniper unter der Auflage, dass der Bund seinen Anteil bis spätestens 2028 auf maximal 25 Prozent plus eine Aktie reduziert und das Unternehmen zudem einzelne Beteiligungen veräußert.

Systemrelevante Strukturen in Privatbesitz?

Auch nach der Krise ist der Uniper-Konzern ein marktbeherrschender und systemrelevanter Akteur. Das Unternehmen ist weiterhin der größte Gasimporteur und Gashändler Deutschlands, und betreibt darüber hinaus auch das bedeutendste LNG-Terminal des Landes in Wilhelmshaven, über das bis zu 8 % der deutschen Gasimporte und rund zwei Drittel der LNG-Importe abgewickelt werden. Darüber hinaus kontrolliert Uniper etwa ein Viertel der nationalen Gasspeicherkapazitäten und betreibt wenige eigene Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 10,5 GW³, darunter das umstrittene Steinkohlekraftwerk Datteln IV. Würde Uniper wieder privatisiert, würde ein Unternehmen, dessen Funktion für das Gemeinwesen von zentraler Bedeutung ist, erneut ausschließlich privaten Renditeinteressen

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/uniper-uebernahme-2127800>

² <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/09/20220921-bundesregierung-verstandigt-sich-auf-anpassung-des-stabilisierungspakets-fur-uniper.html>

³ <https://www.uniper.energy/de/deutschland/kraftwerke-deutschland>

unterworfen. Eine Reprivatisierung würde die Möglichkeit nehmen, diese Infrastruktur im Sinne des Gemeinwohls und der Energiewende zu steuern und demokratisch abzusichern.

Fossiles Erbe vs. grüne Rhetorik

Nach der Stabilisierung hat Uniper als verstaatlichtes Unternehmen im Sommer 2023 eine neue strategische Ausrichtung vorgestellt. Ab dem Geschäftsjahr 2024 konzentriert sich das Unternehmen auf drei Segmente: „Green Generation“, „Flexible Generation“ und „Greener Commodities“. Uniper strebt bis 2030 an, seinen Anteil installierter Stromkapazität aus CO₂-freien Quellen auf 80% zu steigern und bis 2040 komplett CO₂-neutral zu wirtschaften. Die Realität zeigt jedoch eine große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Aktuell besteht das Kraftwerks-Portfolio in Deutschland zu 75 % aus nicht erneuerbarer Stromerzeugung. Die angekündigten Investitionen von 8 Milliarden Euro in erneuerbare Energien bis 2030 sind im Branchenvergleich eher gering und reichen nicht aus, um den fossilen Fußabdruck des Konzerns substanziell zu verkleinern.⁴ Im für Uniper besonders wichtigen und umsatzträchtigen Gashandel kann von Dekarbonisierung keine Rede sein: für 2030 sind weiterhin 90-95 % fossiles Gashandelsgeschäft kalkuliert (5-10 % grüner Wasserstoff)⁵. Dieser Widerspruch bezüglich des Transformationspfades wirft erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Klimastrategie auf. Mit Blick auf eine mögliche Reprivatisierung droht sich dieser Trend weiter zu verschärfen: Private Eigentümer*innen könnten den ökologischen Umbau nach ihren Renditeinteressen ausrichten und ambitionierte Transformationspläne ausbremsen. Ohne eine klare und verbindliche Verankerung des Gemeinwohls im Unternehmen besteht die Gefahr eines fossilen Rollbacks, der weder demokratisch kontrollierbar noch mit ambitionierter Klimapolitik vereinbar wäre.

⁴ <https://www.greenpeace.de/publikationen/Unipers%20schmutzige%20Gesch%C3%A4fte.pdf>

⁵ <https://www.uniper.energy/news/de/uniper-beschleunigt-gruene-transformation-und-legt-aussergewoehnlich-starkes-ergebnis-zum-ersten-halbjahr-vor>

Reprivatisierungsfalle: Warum Renditeinteressen Klimaziele gefährden

Fossiler Lock-in durch Renditedruck

In privater Hand wäre die kurzfristige Erwirtschaftung von Renditen für die neuen Eigentümer*innen maßgeblich für den Konzern (2023: 4,4, Mrd. Euro)⁶. Investor*innen, die jetzt ins Gasgeschäft einsteigen, werden Renditedruck erzeugen, um kurzfristig Profite aus dem fossilen Geschäft zu generieren, bevor strengere Klimapolitik oder Fortschritte bei den Erneuerbaren dieses Geschäftsmodell unter Druck setzen. Vor diesem Hintergrund droht ein Rückschritt bei den erneuerbaren Investitionen und ein Fortschreiben der Fokussierung auf Erdgas. Die aktuelle Unternehmensstrategie könnte in privater Hand noch weiter in Richtung fossile Produktion umgestaltet werden und Gewinne für Aktionärsauszahlungen statt für Transformationsinvestitionen genutzt werden.

Rechtliche Risiken und Stranded Assets

Durch die Übergabe in private Hände entstehen erhebliche Risiken für eine zukünftige ambitioniertere Klimapolitik. Sollte in Zukunft sinnvollerweise auf einen schnelleren Ausstiegspfad aus dem Gasgeschäft hingewirkt werden, könnten aktuelle Investitionen in fossile Infrastruktur verlustreich werden (sogenannte „stranded assets“). Als privater Konzern könnte Uniper Schadensersatzklagen erheben und dadurch der Allgemeinheit klimaschädliche Fehlinvestitionen in Rechnung stellen.

Lobbyismus gegen Klimaschutz

Uniper war 2021 auf Platz 10 der Liste der Unternehmen, die am meisten in Lobbyarbeit investierten, und sogar auf Platz 2 unter den Energieunternehmen⁷. Eine Reprivatisierung würde das Interesse an einem möglichst langen Fortschreiben der fossilen Gasproduktion im Unternehmen verankern und damit auch den Druck auf politische Akteure, Klimaschutzmaßnahmen zu verzögern.

Kritische Infrastruktur und systemische Risiken

Erdgas ist nicht erst seit dem Angriff auf die Ukraine ein risikoreiches Gut, welches zum Teil unter hochproblematischen Menschenrechtsbedingungen global produziert wird und weiterhin krisenanfällig sein wird. Durch den Einstieg in das LNG-Geschäft entsteht unter anderem eine neue Abhängigkeit von den USA. Durch seine marktbeherrschende Stellung und systemrelevante Position stellt ein reprivatisiertes Uniper ein fortgeschriebenes Risiko für die Versorgungssicherheit dar.

⁶ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uniper-gas-staatshilfe-rueckzahlung-100.html>

⁷ <https://www.greenpeace.de/publikationen/Unipers%20schmutzige%20Gesch%C3%A4fte.pdf>

Die Alternative: Vergesellschaftung statt Reprivatisierung

Die Reprivatisierung würde bedeuten, dass ein strategisch wichtiges Unternehmen der Daseinsvorsorge primär profit- statt gemeinwohlorientiert agieren wird. Stattdessen bietet sich die historische Chance, Uniper nicht nur formell in staatlichem Eigentum zu halten, sondern durch Vergesellschaftung zu einem demokratisch kontrollierten Instrument der Energiewende umzugestalten.

Vergesellschaftung, wie sie in Artikel 15 des Grundgesetzes vorgesehen ist, heißt eine grundlegende Transformation entlang von drei Pfeilern: Überführung des Eigentums aus Privat- in Gemeineigentum, Demokratisierung und Ausrichtung am Gemeinwohl. Die reine Verstaatlichung, wie sie aktuell vorliegt, bedeutet lediglich eine Änderung der Eigentumsverhältnisse. Eine Vergesellschaftung geht darüber hinaus und beinhaltet eine grundlegende Transformation der Governance-Struktur, der Unternehmensausrichtung und der gesellschaftlichen Einbindung. Statt einer von oben gesteuerten staatlichen Kontrolle entsteht ein demokratisch kontrolliertes Gemeinwohlunternehmen mit dem Ziel, einen synchronisierten Aufbau von Erneuerbaren und Abbau von fossilen Kapazitäten zu orchestrieren.

Selbst reines staatliches Eigentum kann positive Effekte haben, wenn ökologische Transformation zum Ziel gemacht wird: Neun der zehn führenden Länder bei der Energiewende zu erneuerbaren Energien haben etwas gemeinsam: ein öffentliches Unternehmen für erneuerbare Energieerzeugung, das diesen Prozess vorantreibt⁸.

Beispiele sind Norwegens Statkraft (Europas größter Erzeuger erneuerbarer Energie), Schwedens Vattenfall, die Schweizer Axpo und Frankreichs EDF - alle zu 100 % in öffentlichem Eigentum. Dänemark hält 50,1 % der Anteile an Ørsted, dem Weltmarktführer bei Offshore-Windenergie, und auch in England gibt es Diskussionen, ein öffentliches Energiewendeunternehmen zu gründen⁹.

Vergesellschaftung schließt an diese Potentiale an und geht darüber hinaus, indem Gemeinwohlziele, wie globale Gerechtigkeit, ökologische Transformation, gute Arbeit und bezahlbare Preise explizit in der Unternehmensausrichtung festgehalten werden und durch demokratische Governance langfristig abgesichert werden.

Vergesellschaftung

Das Grundgesetz ermöglicht die Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeinwirtschaft „zum Zwecke der Vergesellschaftung“. Doch was heißt das genau? Offensichtlich ist die (formelle) Überführung in Gemeineigentum allein noch keine Vergesellschaftung. Wenn wir in diesem Konzeptpapier von Vergesellschaftung reden, dann meinen wir damit eine grundlegende Veränderung der Eigentumsordnung und der Wirtschaftsweise im Sinne einer bewussten, demokratischen und solidarischen Gestaltung von gemeinsamen Ressourcen, Infrastrukturen und (Re-)Produktionsmitteln. Zur Vergesellschaftung gehören mindestens drei Elemente:

- Eine Änderung der Eigentumsverhältnisse von privatem Eigentum in Formen des Gemeineigentums
- Eine Änderung der Entscheidungsstrukturen von Marktmechanismen oder staatlicher Autorität hin zu demokratischen Strukturen (Demokratisierung).
- Eine Änderung der Bewirtschaftungszwecke von Profit- und Kapitalmarktorientierung hin zu bedürfnisorientiertem Wirtschaften (Gemeinwohlorientierung).

Vgl. Stupka, Jenny: Die politisch-strategischen und theoretischen Potenziale von Vergesellschaftung. In: communia (Hrsg.): Neue Energie für Vergesellschaftung – Vergesellschaftung für neue Energie. Schieder-Schwalenberg, 2023, S. 12–17, hier: S.13.

⁸ <https://weownit.org.uk/news/guess-which-top-10-green-energy-countries-doesnt-use-public-ownership/>

⁹ <https://www.common-wealth.org/publications/the-greatest-generation-how-public-power-can-deliver-net-zero-faster-fairer-and-cheaper>

Transformationskonzept: Vom Gasriesen zum gemeinwirtschaftlichen Vorreiter der Energiewende

Die Krise, die zur Verstaatlichung von Uniper führte, bietet die historische Chance, ein zukunftsweisendes Modell für die demokratische Kontrolle kritischer Infrastruktur zu schaffen. Statt einer Rückkehr zum gescheiterten Privatisierungsmodell sollte Uniper als gemeinwirtschaftliches, gemeinwohlorientiertes und demokratisches Unternehmen zu einem Vorreiter der sozial-ökologischen Transformation werden. Als Unternehmen mit marktbeherrschender und systemrelevanter Stellung ist Uniper prädestiniert für eine marktgestaltende und langfristig marktersetzende Politik hin zur Klimaneutralität.

Uniper könnte damit ein erster Ansatzpunkt für die langfristige Überführung der Gaswirtschaft in gemeinwirtschaftliche Strukturen sein. Denn mittelfristig muss nicht nur das Unternehmen, sondern der gesamte Gassektor kontrolliert schrumpfen und höchstens als auf grünem Wasserstoff basierende Kapazitätsreserve weiterexistieren. Ein koordinierter und an diesem Ziel orientierter Umbau ist in privater Hand nur schwer möglich¹⁰.

Das folgende Konzept entwickelt noch nicht die Konturen des vollständigen gemeinwirtschaftlichen Umbaus des Sektors, sondern beschreibt die Möglichkeiten eines Umbaus innerhalb eines einzelnen Unternehmens entlang von sechs Kernelementen.

Elemente eines alternativen Transformationsmodells

Neue Mission und Selbstverständnis: ein ambitionierter Klimaauftrag

Ein vergesellschaftetes Uniper sollte seine Unternehmensmission grundlegend neu definieren: von einem primär profitorientierten Gaskonzern zu einem gemeinwohlorientierten Energiedienstleister, der eine bezahlbare, klimafreundliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung sicherstellt und gemeinsam mit anderen Akteuren wie Stadtwerken und Industrieunternehmen den koordinierten und beschleunigten Ausstieg aus fossilen Infrastrukturen und den konsequenten Aufbau erneuerbarer Energien vorantreibt. Der Rückbau fossiler Altlasten und der Ausbau erneuerbarer Kapazitäten können unter einem Dach effizient und sozial ausgewogen gestaltet werden. So lassen sich die Kosten und Chancen der Energiewende gerecht verteilen. Planbare Ausstiegspfade, verbindliche Transformationsziele und echte Mitbestimmung schaffen Akzeptanz für alle Beteiligten. Anstatt der Rendite wäre ein zu entwickelnder verbindlicher Transformationsplan mit klaren Meilensteinen die Grundlage der Unternehmensgestaltung.

¹⁰ <https://www.common-wealth.org/publications/nationalise-gas-to-lower-bills>

Wirtschaftliche Analyse: Finanzielle Spielräume von Gemeineigentum nutzen

- Eigenkapitalrenditen für Zukunftsinvestitionen nutzen: Während private Konzerne über ihre Kosten hinaus Gewinne für ihre Eigentümer*innen erwirtschaften müssen, könnten diese in einem gemeinwohlorientierten Modell für langfristige Investitionen und den ökologischen Umbau genutzt werden.
- Stabilität und Investitionssicherheit statt kurzfristige Renditen: Private Eigentümer*innen sind in aller Regel an kurzfristigen Gewinnen und Steigerungen der Kurswerte orientiert. Ein gemeinwohlorientiertes Modell könnte durch langfristige und transparente Transformationspfade Planbarkeit und Stabilität generieren und damit auch Risikokosten vermindern.
- Kapitalkosten: Auf Grundlage eines zuverlässigen, langfristig orientierten Transformationsmodells mit staatlicher Rückendeckung könnte ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen zu günstigeren Konditionen Kredite für Zukunftsinvestitionen aufnehmen.

Kooperative Marktgestaltung: Stadtwerke, kommunale Versorger und Industrie

Uniper ist bereits eng mit der kommunalen Energieversorgung verbunden, da es über 100 Stadtwerke beliefert. Über die Gestaltung des Gaspreises könnte Uniper auf eine schnelle Dekarbonisierung der kommunalen Energieversorgung Einfluss nehmen. Uniper könnte mit Stadtwerken und lokalen Stakeholdern verbindliche und schnelle Dekarbonisierungspläne erarbeiten und in dem Kontext zu günstigen und planbaren Konditionen mit klarem Abschaltplan Gas für die lokale Daseinsvorsorge liefern. Die Verbindung mit Stadtwerken könnte zu einer echten Partnerschaft ausgebaut werden, bei der Uniper als technischer und finanzieller Partner den kommunalen Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt. Auch mit Industrieunternehmen könnte Uniper schnelle Dekarbonisierungspläne erarbeiten und die verbindliche Umsetzung dieser kurzfristig mit planbaren Konditionen der Gasversorgung unterstützen.

Demokratische Eigentumsstrukturen und Governance

Ein vergesellschaftetes Uniper könnte zwar formell in staatlichem Eigentum sein, wäre aber in seiner Governance der demokratischen Kontrolle durch die Gesellschaft untergeordnet. Das ist essentiell, um die Erfüllung von Gemeinwohlzielen sicherzustellen, lokales Wissen nutzbar zu machen und Reprivatisierungen langfristig zu verhindern. Die Governance-Struktur muss eine breite gesellschaftliche Beteiligung sicherstellen:

- Aufsichtsrat mit je einem Drittel Vertreter*innen der öffentlichen Eigentümer*innen, Beschäftigten und Zivilgesellschaft (Umweltverbände, Verbraucher*innenschutz, Wissenschaft)
- Regionalbeiräte in allen Bundesländern mit Uniper-Standorten
- Transparenzpflichten und regelmäßige öffentliche Anhörungen
- Klare gemeinwohlorientierte Zielvorgaben statt Gewinnmaximierung

Innovation, Forschung und Wasserstoff

Ein öffentliches Unternehmen kann langfristige Forschungs- und Entwicklungsprojekte finanzieren, die für private Investor*innen zu riskant oder nicht profitabel genug erscheinen. Als Innovationszentrum der Energiewende könnte der Konzern seine bestehenden Gas-Kompetenzen nutzen, um grünen Wasserstoff systemdienlich statt profitgetrieben einzusetzen. Während grüner Wasserstoff im Moment noch oftmals als Feigenblatt für weitere fossile Produktion instrumentalisiert wird, ist klar, dass er für einzelne

Anwendungen, in denen keine Elektrifizierung möglich ist, die einzige Lösung darstellt. Unter gemeinwohlorientierter Verwaltung könnte die Frage nach einer klimagerechten Wasserstoffwirtschaft ohne Vermischung mit fossilen Interessen bearbeitet werden. Als marktgestaltender Akteur könnte Uniper Investitionen und den Aufbau notwendiger Infrastrukturen anstoßen und dabei gezielt die Reproduktion neokoloniale Strukturen verhindern.

Gute Arbeit, Beschäftigungssicherung und gerechter Umbau

Die Vergesellschaftung bietet die Chance, Uniper zu einem Vorbild für gute, tarifgebundene Arbeit zu machen, mit Mitbestimmung und Ausbildungsprogrammen für neue grüne Berufe. Dabei sollte der Fokus auf Beschäftigungssicherung im Strukturwandel liegen, indem für Mitarbeiter*innen aus dem fossilen Bereich Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme angeboten werden. Die berechtigte Angst vor Strukturwandel wird bisher oftmals für ein Weiterbestehen fossiler Produktion instrumentalisiert. Ein vergesellschaftetes Unternehmen könnte wirkliche gerechte Übergänge von der fossilen Technologie zu den Erneuerbaren unter einem Dach orchestrieren und dadurch das Wissen der Mitarbeitenden für den Umbau nutzbar machen.

Rechtliche Rahmenbedingungen und Umsetzungsschritte

Die erfolgte Verstaatlichung von Uniper durch die Bundesregierung stellte eine Stabilisierungsmaßnahme dar und war daher beihilferechtlich durch die EU genehmigungspflichtig. Im Zuge der beihilferechtlichen Prüfung und Genehmigung wurde der Uniper SE eine Reihe von strukturellen Maßnahmen auferlegt und zusätzlich eine Reduzierung der staatlichen Beteiligung auf maximal 25 % plus eine Aktie bis 2028 mit der Bundesregierung vereinbart. Dies stellt für den Umbau von Uniper zu einem gemeinwirtschaftlichen Versorger für eine demokratische Energiewende eine Herausforderung, jedoch keine unüberwindbare Hürde dar.

Vergesellschaftung mittels Artikel 15 Grundgesetz in Stellung bringen - Spielräume der Beihilfeauflagen pragmatisch nutzen

Konkret sind mindestens zwei Szenarien für eine Realisierung eines demokratisierten und gemeinwohlausgerichteten Uniper denkbar. Diese sind auch im Zusammenhang der Limitationen durch den beihilferechtlichen Rahmen möglich:

Szenario 1: Vergesellschaftung mittels Art.15 GG in Stellung bringen

Die Auflage der EU-Kommission sieht vor, dass der deutsche Staat bis 2028 die Anteile auf 25 % + einen Anteil reduziert oder andernfalls der Kommission einen neuerlichen „Umstrukturierungsplan“ vorlegt. Dieser neuerliche Umstrukturierungsplan eröffnet dem Gesetzgeber nach gängiger Auffassung Spielraum, um der EU-Kommission Alternativen zur Teilprivatisierung anzubieten. Wir schlagen vor, dieses Möglichkeitsfenster zu nutzen, um für Uniper ein Gemeinwirtschaftskonzept mit einem oder mehreren gemeinwohlorientierten und demokratisierten Eigentümer*innen und lediglich einer Minderheitsbeteiligung des Bundes auszuarbeiten. Dieser Weg kann mittels einer Vergesellschaftung gemäß Artikel 15 des GG erfolgen und im Zuge eines solchen Umstrukturierungsplans zur Erfüllung der

beihilferechtlichen Auflagen in Stellung gebracht werden. Gemäß aktueller Fachdebatte stehen einer Vergesellschaftung nach Art. 15 des Grundgesetzes keine grundsätzlichen unionsrechtlichen Hürden im Weg – communia wird dazu im Juni 2025 ein Rechtsgutachten veröffentlichen, das die bestehenden Vergesellschaftungsmöglichkeiten von Energiekonzernen weiter unterlegt.

Szenario 2: Spielräume der Beihilfeauflagen pragmatisch nutzen

Statt den Konzern an gewinnorientierte Investor*innen zu verkaufen, kann der Bund gemeinwirtschaftliche Partner finden und die zu veräußernden Anteile an diese übertragen. Denkbar sind gemäß historischer Beispiele Beteiligungsunternehmen der DGB-Gewerkschaften, Verbände von Energiegenossenschaften, Stadtwerken u.a. Die Bundesregierung würde in diesem Szenario auf die Veräußerung an die Höchstbietenden verzichten und in direkte Verhandlungen mit gemeinwirtschaftlichen Akteuren gehen. In diesem Zuge müssten allerdings Demokratisierungsprozesse der involvierten und gemeinsam zu entwickelnden Akteurs- und Governancestrukturen erfolgen, damit die Grundanforderungen an eine demokratische Vergesellschaftung erfüllt sind. So würde die Eigentümerschaft von Uniper gemäß der Kommissionsauflage diversifiziert, ohne den Konzern dem kurzfristigen Interesse kapitalmarktorientierter Investor*innen auszusetzen.